



# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 49

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Straße 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 5. Dezember 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vorher einzuladen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

## An die Mitglieder unseres Verbandes.

Durch das siegreiche Fortschreiten der deutschen Waffentaten in dem Kampfe um die Existenz unseres Vaterlandes, mit dem das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse untrennbar verbunden ist, sind auch die Verhältnisse im Innern Deutschlands einigermaßen normal geblieben. Gewiß ist die Situation außerordentlich ernst, die Aussichten in die nächste Zukunft sind sehr trübe; möglich auch, daß die Wirtschaftslage sich noch sehr verschlechtert und daß die drohende Verteuerung wichtiger Lebensmittel und unentbehrlicher Bedarfsgegenstände verberbliche Wirkungen auslöst. Immerhin: die zuerst gehegten schlimmen Erwartungen, besonders über das plötzliche Stillliegen aller Arbeiten und über die Unannehmlichkeiten, die unsern Organisationen von den verschiedensten Seiten, besonders aber durch die Kopflosigkeit weiter Volksschichten bereitet werden könnten, sind bisher nicht eingetreten.

Nachdem die kriegerischen Operationen im Westen wie im Osten in Feindesland getragen worden waren und die Tapferkeit unserer Volksgenossen berechtigten Anlaß zu den größten Hoffnungen gab, als ferner das deutsche Wirtschaftsleben die große Belastungsprobe, der es in den ersten Monaten des Kriegszustandes plötzlich ausgesetzt war, glänzend bestanden und die Regierungen den besten Willen gezeigt hatten, den wirtschaftlichen Organismus nicht allein im Interesse der herrschenden Klassen, sondern auch im Interesse der Masse des Volkes intakt zu erhalten, ließ sich mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft blicken. Inzwischen betätigten sich unsere Organisationen unausgesetzt, um weitere Erleichterungen inmitten all der trostlos wirkenden Schwierigkeiten zu schaffen. Sie förderten die Arbeitsgelegenheit, sicherten die bestehenden Tarifverträge und setzten unter andern ihren Einfluß in den verschiedensten Landes- und Gemeindeparlamenten und in der breitesten Öffentlichkeit durch. Die Haupttätigkeit unserer Gewerkschaften aber galt ihrer eigenen Sicherung und der Bereitstellung ihrer Mittel in den Dienst der sozialen Wohlfahrt für ihre durch den Krieg geschädigten Mitglieder und deren Familien.

In unserm Verbands geschah das zunächst in der zweiten Kriegswoche durch die bekannten Beschlüsse des Vorstandes und Beirates, durch die unter vorläufigem Wegfall der Kranken-, Maßregelungs- und Einschränkung der Sterbeunterstützung die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt und den Familien der zum Militär einberufenen Mitglieder zunächst eine einmalige Unterstützung und ein Sterbegeld für deren etwa im Kriege fallende Ernährer gewährt wurde. In der Zwischenzeit hat der Vorstand die zuerst auf vier Wochen festgesetzte Arbeitslosenunterstützung für die sofort nach dem Kriege arbeitslos gewordenen Kollegen bis zu acht Wochen erweitert und die Familienunterstützung auf alle die Fälle ausgedehnt, in denen die Mitglieder erst später eingezogen wurden. — Trotzdem stellten wir sofort weitere Erleichterungen in Aussicht, vorausgesetzt, daß sich die Situation allgemein bessere und die arbeitende Kollegenschaft ihre Beiträge pünktlich entrichte.

Diese Hoffnungen sind, wenn auch nicht restlos, so doch unter den gegebenen Verhältnissen zufriedenstellend in Erfüllung gegangen. Die Arbeitslosigkeit ist zwar groß, aber doch nicht in dem zuerst erwarteten Umfange wirksam geworden, der Opfermut der arbeitenden Kollegen hat sich fast allgemein bewährt, die Fahnenflucht ist nicht so kraß in Erscheinung getreten wie man es vorerst annehmen konnte und Unwillen über die getroffenen Maßnahmen hat sich auf die Dauer nur bei verhältnismäßig wenigen unaufgeklärten und unsolidarisch fühlenden Elementen gezeigt. So steht denn unser Verband heute, gestützt auf einen festen Stamm überzeugter Kollegen, ebenso kräftig da wie vor dem unheilvollen Kriege, der sonst alles hinwegfegte, was nicht tief in dem sicheren Boden grundlegenden Verhältnisse wurzelt.

Die Kollegen, die unserm Verbands bisher die Treue hielten, bieten uns die Gewißheit, daß wir allen noch zu erwartenden Stürmen Trost bieten, und wenn die jetzt in Feindesland das Leben für ihr bedrohtes Vaterland in die Schanze schlagenden Kollegen zurückkehren, diesen die Genugtuung verschaffen können, daß wir das uns zurückgelassene Erbe in dieser schlimmen Zeit erfolgreich verteidigt und für alle Zukunft gesichert haben.

Unter diesem Eindruck hat der Vorstand des Verbandes in seiner Sitzung vom 27. November erneut erwogen, welche weiteren Maßnahmen zunächst im Interesse der Mitglieder und deren Familien durchgeführt werden können. Dabei konnte festgestellt werden, daß bisher für Arbeitslosenunterstützung über M. 140000 an annähernd 5000 Mitglieder und für Familienunterstützung M. 30000 an Frauen der unter die Fahnen gerufenen Kollegen ausgezahlt wurden. Nach Berücksichtigung dieser außerordentlichen Aufwendungen und der immer noch drohenden Vermehrung der Arbeitslosigkeit und der Zahl der zum Kriegsdienst einzuberufenden Mitglieder hat der Vorstand nach eingehenden Beratungen folgendes beschlossen:

Die Arbeitslosenunterstützung wird am 19. Dezember eingestellt. Als besondere Unterstützung werden aber am 23. Dezember an die Arbeitslosen, welche 14 Monate Mitglied des Verbandes sind und mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, folgende Beträge verabfolgt:

a) Für Nichtausgesteuerte: Arbeitslose, die am 19. Dezember Arbeitslosenunterstützung beziehen, also sich mindestens vom 12. Dezember an zur Kontrolle stellen und bis zum 23. Dezember kontrolliert werden, erhalten: Verheiratete M. 10, Ledige M. 8.

Arbeitslose, die sich nach dem 12. Dezember, jedoch spätestens vor dem 17. Dezember, zur Kontrolle melden und sich bis zum 23. Dezember der Kontrolle unterziehen, erhalten: Verheiratete M. 5, Ledige M. 4.

b) Für Ausgesteuerte: Arbeitslose, die sich spätestens vom 12. Dezember an bis zum 23. Dezember der Kontrolle unterziehen, erhalten: Verheiratete M. 10, Ledige M. 8.

Arbeitslose, die sich nach dem 12. Dezember, jedoch vor dem 17. Dezember bis zum 23. Dezember der Kontrolle unterziehen, erhalten: Verheiratete M. 5, Ledige M. 4.

Den unter a genannten Mitgliedern sind die Beiträge bis zum 19. Dezember (50. Beitragswoche) in Abzug zu bringen. — Den unter b genannten Mitgliedern sind die von früher restierenden Beiträge abzuziehen. Mitgliedern, die ihre Beiträge bis zur 50. Woche in Ordnung haben, wird von der am 23. Dezember auszahlenden Unterstützung nichts in Abzug gebracht.

**Familienunterstützung.** Die bisher gewährte einmalige Unterstützung an die Ehefrauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder in Höhe von M. 5 für die Ehefrau und 50 Pfg. für jedes Kind bis zu dem Betrage von M. 8 wird als besondere Weihnachtsunterstützung noch einmal gewährt.

Zur Quittierung der besonderen, oben bezeichneten Unterstützung für die Arbeitslosen sind die bisher schon benutzten Scheine zu verwenden. Wenn die Scheine bereits an die Hauptkasse gesandt wurden, sind Namen und Buchnummer der in Betracht kommenden Kollegen mitzuteilen, damit die Scheine den Filialen zurücksandt werden können.

Für die Familienunterstützung werden die Quittungsscheine für jene Ehefrauen, die bereits Unterstützung erhielten, in den Filialen ausgestellt. Die Hauptverwaltung sendet die Formulare den Filialen in der nächsten Woche zu. Für Frauen, die noch keine Unterstützung erhielten, sind die Meldungen bei der Hauptkasse zu machen. Die Scheine werden in diesen Fällen hier ausgestellt.

Der Vorstand glaubt, durch diese außerordentlichen Beschlüsse, die von größter finanzieller Tragweite sind, den unter längerer Arbeitslosigkeit leidenden Kollegen und den Familien der in Feindesland weilenden Mitglieder eine besondere Hilfe für die bevorstehenden Weihnachtstage zu gewähren. Würde der Indifferentismus unter den leider noch recht vielen Arbeitern, die dem gemeinsamen Streben für bessere Existenzverhältnisse der Kollegenschaft fernstehen, nicht mehr so weit verbreitet sein, so könnten wir noch weit mehr leisten. Nicht zu vergessen ist aber auch, daß wir im Vorjahre die respectable Summe von zwei Millionen Mark opferten, um eine von unseren Geuern beabsichtigte Verschlechterung der durch Schiedspruch festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Daß unser Verband schon jetzt wieder, so kurze Zeit nach dem damaligen großen Kampfe, Hunderttausende für seine durch den Krieg notleidenden Mitglieder auszugeben vermag, zeigt seine Leistungsfähigkeit und seine segensbringende Tätigkeit im hellsten Lichte.

Der Vorstand hat ferner ins Auge gefaßt, nach Abschluß der Abrechnung vom vierten Quartal, nachdem sich also ein genauer Ueberblick über den Stand unserer Finanzen und des Verbandes überhaupt gewinnen läßt — gegen Mitte Februar — den Beirat zusammenzuberufen, damit dieser über die dann etwa zu ergreifenden Maßnahmen beschließen kann. Dabei bestand im Vorstand grundsätzlich Uebereinstimmung darüber, daß alles unternommen werden sollte, daß trotz des Kriegszustandes die im Statut festgesetzte Arbeitslosenunterstützung, wenn nötig vielleicht mit einigen durch die jetzt herrschenden Verhältnisse gebotenen Änderungen, an dem vorgesehenen Termin zur Einführung kommen kann, ohne Anrechnung der jetzt bezogenen Arbeitslosenunterstützung.

**Sollen wir diese Absichten durchführen, so bedarf es der gemeinsamen Mitarbeit aller Kollegen. Diese müssen durch fortgesetzte pünktliche Beitragsleistung und durch eifrige Propaganda für unsere Ideen die Vorbereitungen für eine erfolgreiche Tätigkeit und für die Leistungsfähigkeit ihrer Organisation schaffen.**

Der Vorstand.

### Zu einer deutlichen Erklärung

nicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Correspondenzblatt“ veranlaßt. Unter der organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins wird die Behauptung kolportiert, die Generalkommission habe sich über die Redaktion des „Vorwärts“ beklagt, um den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung zu zwingen; ferner: die Generalkommission habe das zweite Verbot des „Vorwärts“ verschuldet. Beide Behauptungen aber sind völlig aus der Luft gegriffen. Da nun aber nach den stattgefundenen Verhandlungen der beteiligten Körperschaften es nicht möglich ist, die Berliner Arbeiterschaft durch ihr eigenes Blatt, den „Vorwärts“, über die Sachlage zu informieren, so blieb der Generalkommission nichts weiter übrig, als sie im „Correspondenzblatt“ darzulegen. Die von der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ vorgebrachten Beschwerden gingen dahin:

1. Der „Vorwärts“ hat während der Kriegszeit, besonders aber während der ersten Wochen nach Kriegsbeginn gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht die genügende Beachtung geschenkt. Die Forderung einer umfassenden und schnellen Fürsorge für die Arbeitslosen wurde zum Beispiel von einigen bürgerlichen Blättern früher und energischer erhoben und propagiert, als durch den „Vorwärts“. Beschwerden einzelner Gewerkschaften gegen die Sparmaßnahmen der Verkehrsbetriebe und anderer öffentlicher Betriebe wurden von der „Vorwärts“-Redaktion nicht veröffentlicht.

Die „Volksfürsorge“, ein Unternehmen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, hatte der gesamten Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz zur Veröffentlichung übermittelt, die den Zweck hatte, die Versicherten über die durch den Krieg herbeigeführte Veränderung der Rechtslage zu belehren und sie vor Schäden zu bewahren. Die gesamte Arbeiterpresse brachte die Notiz. Die Redaktion des „Vorwärts“ lehnte die Aufnahme im redaktionellen Teile ab und stellte die „Volksfürsorge“ anheim, den Artikel oder eine Umarbeitung desselben als Inserat aufzugeben.

2. Der „Vorwärts“ hat nichts, um die Arbeiterschaft über das Verhalten der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften des Auslandes zum Rechte zu unterrichten. Er hat auf die zahlreichen Angriffe, die von sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsblättern, ja selbst von einigen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurden, nichts erwidert. Dadurch müßte der Eindruck erweckt werden, als ob jene Vorwürfe von uns als zutreffend anerkannt würden. Im Interesse der Würde und des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung müßte das Zentralorgan der Partei jene Angriffe ruhig und sachlich zurückweisen.

3. Der „Vorwärts“ hat bei der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung in der Regel das Verhalten unserer Gegner entschuldigend, Ungleichungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert.

In der einen ganzen Tag dauernden Aussprache über die Beschwerden wurde seitens einiger Mitglieder der Pressekommmission und der Redaktion des „Vorwärts“ der Versuch gemacht, die sachliche Erörterung zu unterbinden, dadurch, daß sie den Vorwurf erhoben, die von der Generalkommission vorgebrachten Beschwerden seien nur ein Vorwand. Die wahre Absicht sei, den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen und chauvinistischen Haltung zu zwingen. Diese Unterstellung wurde von den Vertretern der Generalkommission sowie vom Parteivorstand sofort zurückgewiesen.

Zum Schluß der Aussprache sagte der Vorsitzende, Genoss. Ebert, die Hauptpunkte der vorgebrachten Beschwerden nach Inhalt des Protokolls wie folgt zusammen:

1. Der „Vorwärts“ soll die Interessen der deutschen Partei gegen Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes verteidigen.
2. Der „Vorwärts“ soll sich in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.
3. Der „Vorwärts“ soll mehr als bisher den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.
4. Der „Vorwärts“ soll dem Chauvinismus, dem Durcheinanderwischen und allen Anreizungen entgegenarbeiten, wie das auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlangte.

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommission in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde allseitig zugestimmt.

In einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins von Niederbarnim hat der Genosse Stadthagen die Behauptung aufgestellt, die Generalkommission der Gewerkschaften sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Die Generalkommission erhob gegen die Behauptung des Genossen Stadthagen Widerspruch und wandte sich beschwerdeführend an den Parteivorstand. In einer gemeinsamen Sitzung aller Beteiligten wurde die Angelegenheit eingehend erörtert mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand einstimmig erklärte:

„In der Verhandlung konnte nichts festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“-Verbot verschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.“

Um jeder weiteren Legendenbildung und Stimmungsmache vorzubeugen, hat sich die Generalkommission zu diesen Feststellungen genötigt gesehen.

Wir fordern das Vorgehen nur gutheißen; denn Klarheit zu schaffen, ist hier der allein richtige Weg gewesen, und das ist auch mit erquickender Deutlichkeit geschehen.

### Von der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe.

Der Zentralausschuß der im Oktober aus den deutschen baugewerblichen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden gebildeten Arbeitsgemeinschaft hat zur weiteren Förderung der Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe während des Krieges einzudämmen, nun auch an den Anfang Dezember zusammenrückenden Reichstag, an den Bundesrat und die Reichsämtler die Bitte gerichtet, daß die schon beschlossenen Bauten umgehend ausgeführt und Mittel für weitere Bauten bereitgestellt werden. Gleiche Eingaben sind in den letzten Wochen an die gesetzgebenden Körperschaften und Ministerien der Bundesstaaten gerichtet worden. Neben dem Zentralausschuß sind nun bereits in fast allen Provinzen, kleineren Bundesstaaten usw. Bezirksausschüsse der Arbeitsgemeinschaft tätig, welche erfreulicherweise vielfach bei den Behörden großes Entgegenkommen gefunden haben. So sind beispielsweise von den Kreisregierungen Bayerns größere Summen zu neuen Bauten bereitgestellt worden. Die Arbeitsgemeinschaft wird ihre Aufmerksamkeit nun auch besonders auf die Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit richten und mit den kapitalkräftigen Stellen zwecks Erleichterung der Kapitalbeschaffung in Verbindung treten. Sie erwartet im Vaterländischen Interesse von den Industriellen und Privaten, daß sie ihre Bauaufträge, auch solche für Reparaturarbeiten, nicht länger zurückhalten. — Auch gegen die Heranziehung von Kriegsgefangenen zu baugewerblichen Arbeiten aller Art wird die Arbeitsgemeinschaft im Interesse der arbeitslosen Bauarbeiter bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden.

### Stimmen aus dem Krieg.

Ein Mahnwort an die Zurückgebliebenen enthält der Feldpostbrief, den die Verbandszeitung der Brauereiarbeiter veröffentlicht, das auch an die Angehörigen anderer Berufe gerichtet sein könnte:

... den 20. 10. 14.

Um 12 Uhr waren wir ins Hauptquartier eingerückt und eine Stunde später kam der Bezirksführer mit Postfaschen. Freudig leuchteten die Gesichter der Kameraden, da sie nun wieder freundliche Grüße und Nachrichten aus der Heimat empfangen. Doch bald verfinsterte sich das Gesicht eines meiner Kameraden, eines organisierten Kollegen, und er zeigte mir einen Brief mit der Mitteilung, daß schon wieder einzelne der Kollegen der Organisation den Mäuden gefehrt haben. Ich tröstete ihn damit, solchen Kollegen nicht allzuviel Tränen nachzuweinen; denn sie verdienen es nicht, daß man ihnen noch irgendwelche Beachtung schenkt. Es werde nach diesem mörderischen Morden der Kulturbölker die Aufgabe derer, die gesund zurückkehren können, sein, mit vereinten Kräften an dem Wiederaufbau und der erneuten Kräftigung der Arbeiterorganisation zu arbeiten.

Aber, so fragen wir uns hier im Felde, was veranlaßt die fahnenflüchtigen Kollegen, ihre Beiträge nicht mehr zu zahlen? Etwa, daß ihnen nicht das „Glück“ beschieden ist, tagein, tagaus auf der Landstraße zu liegen und auf dem Scheunensfluß zu schlafen? O nein, das ist wohl nicht recht anzunehmen. Denn solche „Helden“, die ihre eigenen Kollegen in der bittersten Not im Stich lassen, haben auch nicht den Mut, ihr Leben fürs Vaterland aufs Spiel zu setzen. Das Zahlen der Extrabeiträge der Organisationen, ja, das ist des Pudels Kern.

Sind denn diese Kollegen gänzlich mit Blindheit geschlagen? Sagen sie nicht, daß wir, die wir im Felde stehen, viel tausendmal mehr opfern müssen? Unser Leben, das Glück unserer Familien, alles wird aufs Spiel gesetzt, und dazu kommen tagein, tagaus die quälenden Gedanken, wie wird es den armen Kindern gehen. Und dann, abgesehen von uns: hat uns nicht dieser Krieg Tausende und Abertausende von Arbeitslosen beschert, die hochzuhalten doch auch Aufgabe der Organisation ist?

Ja, Kollegen, wir rufen Euch aus dem Felde zu: haltet zur Organisation und baut sie aus! Kollegen! keine größere Freude könnt Ihr uns bereiten als die, zu zeigen, daß Ihr ganze Männer seid, gewillt, uns nicht in erster Stunde zu verlassen. Wir wünschen, daß unsere Organisationen den Weltkrieg in ungeschwächter Kraft überdauern. Mit diesem Wunsche und mit der ehrenvollen Aufgabe von den hier befindlichen organisierten Kollegen, alle Kollegen aufs herzlichste zu grüßen, will ich schließen. Auf Wiedersehen! B....

### Der Feigling.

Die erste Erregung ist vorüber, so mancher liebe Verbandskollege ist im Feindesland, schlägt Leben und Gesundheit in die Schanze oder ruht schon unter fremder Erde.

Dahem aber sitzen schluchzend Mutter und Kinder und sehen sorgenvoll der ungewissen Zukunft entgegen.

Wie ein leuchtender Stern in dunkler Nacht erscheint in diesen schweren Zeiten die Fürsorge des Verbandes, dem die Opferfreudigkeit seiner Mitglieder die Unterstützung aller Bedrängten ermöglicht. So hat der Vaterlandsverteidiger wenigstens die eine Genugtuung, seine Lieben einigermaßen versorgt zu sehen, und das Gespenst der Arbeitslosigkeit hat wenigstens für die andern einen Teil seines Schreckens durch die Organisationsunterstützung verloren. Jeder bringt in diesen schweren Zeiten Opfer, sie tun es gern, der Geist der

Kameradschaft erfüllt willig seine Pflichten. Sie helfen alle, geben einen Teil ihres Lohnes ab und sammeln in kleinen Münzen Mark um Mark zusammen, die viele Tränen trocken, manche Not lindern.

Auch der verheiratete Kollege hat nur ein spärliches Einkommen, aber wie eine Selbstverständlichkeit erscheint ihm auch seine Mithilfe.

Nur einer steht abseits.

Innerlich gehörte er wohl nie zu ihnen; aber der stramme Geist in seiner Werkstatt, der so manche tarifliche Verbesserung auch für ihn gebracht hat, ergab die Notwendigkeit, ebenfalls organisiert zu sein, und wenn eine Verbesserung verlangt wurde, stand er hinter den andern, die Erfüllung seiner großen Wünsche verlangend, ohne selbst den Mund dabei aufzumachen.

Jetzt sind die meisten fort, und ihm ist die willkommenere Gelegenheit geboten, sich von der Beitragszahlung zu drücken; denn nun kann er ja, wie jeden Winter, nicht einmal das Krankengeld aus der Verbandskasse holen; das ist aufgehoben. Was nützt ihm die Unterstützung der Frauen und Kinder, er hat ja keine, was braucht er Arbeitslosenunterstützung, wo er mit dauernder Arbeit rechnen kann?

So geht er den Kassierern aus dem Wege, und als ihn dennoch einer erwischt und auf das Unschöne seiner Handlungsweise aufmerksam macht, glaubt er sich sogar berechtigt, grob zu werden.

Nur für sich selbst sorgen, ist seine Parole, was kümmern ihn die andern.

Er sieht es nicht, wenn sich die eigenen Kollegen von ihm abwenden, gierig zählt er seine Spargroschen, nur mehr! Wenn aber die Nachricht eines großen Sieges kommt, dann brüllt er mit, spricht von „unserm tapferen Volke“; er, der Fahnenflüchtige unter Millionen armer Helden mit goldenem Herzen. Er hat die Achtung und die Scham vor sich selbst verloren.

### Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Chemnitz.** Gatten wir in Chemnitz nebst Zahlstellen vor der Mobilmachung überall einen noch gut zu nennenden Geschäftsgang, so änderte sich das Bild sofort, als Deutschland in den Kriegszustand versetzt und am 1. August die Mobilmachung veröffentlicht wurde. Mit einem Schlage hatten wir mehr als 100 arbeitslose Mitglieder zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit hielt auch den ganzen August hindurch an. Von Anfang September an wurde es etwas besser, und durch die Vereinbarung mit den Arbeitgebern, ab 14. September die tägliche Arbeitszeit von 9 auf 7 Stunden herabzusetzen, wurde erreicht, daß alle arbeitslosen Kollegen noch einmal untergebracht werden konnten. In der zweiten Hälfte des September hatten wir nur vier arbeitslose Fabrikarbeiter in Chemnitz. In den Zahlstellen hat fast durchgängig seit der Mobilmachung die Arbeitslosigkeit nicht mehr aufgehört. Zurzeit haben wir in Chemnitz und Zahlstellen 98 arbeitslose Kollegen. Unsere Eingabe, die wir gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband an die städtischen und staatlichen Behörden gemacht haben, scheinen nicht ganz ohne Erfolg gewesen zu sein, wenigstens haben wir beobachtet können, daß verschiedene Arbeiten gemacht worden sind, die ursprünglich zurückgestellt worden waren. Unsere Aufgabe muß es aber nach wie vor sein, um nur einigermaßen die Not zu lindern, die durch die Arbeitslosigkeit über unsere Berufscollegen hereingebrochen ist, die Behörden und auch dort, wo Private es können, immer und immer wieder zu veranlassen, auszuführende Arbeiten in Auftrag zu geben. Arbeitsgelegenheit zu Tariflöhnen für die Arbeitslosen beschaffen und auszuführen zu lassen, dient sowohl dem Unternehmer als auch dem Arbeiter und ist die beste Arbeitslosenunterstützung. Im Interesse der Erhaltung der Volkskraft ist es unbedingt nötig, daß für die Arbeitslosen — durch Beschaffung von Arbeit — gesorgt wird, damit dieselben nicht mitsamt ihrer Familie geistig und körperlich zugrunde gehen. Von der Stadtgemeinde wird den Arbeitslosen ein Zuschuß zur Gewerkschaftsunterstützung gewährt. Verheiratete erhalten M. 3, Ledige M. 1,80 pro Woche. Diese Unterstützung wird von den Gewerkschaften aus Mitteln der Stadt an die Arbeitslosen mit ausgezahlt. Ausgesteuerte, Nichtbezugsberechtigte und Unorganisierte müssen sich im Rathaus melden. An die Frauen der Eingezogenen wird zur staatlichen Unterstützung ein wöchentlicher Zuschlag von der Stadtgemeinde geleistet. Von unsern Mitgliedern sind bis heute 206 zum Militär eingezogen. Die Zahl der Eingezogenen dürfte aber noch bedeutend höher sein, da sehr viele Kollegen plötzlich abreisen mußten (speziell Oesterreicher), die keine Zeit zur Abmeldung hatten, von denen aber ohne weiteres anzunehmen ist, daß sie beim Militär sind. Gatten wir am Schluß des zweiten Quartals 1143 Mitglieder, so ist jetzt die Zahl der Mitglieder auf 606 gefallen. All die schönen Hoffnungen, die wir nach Abschluß des zweiten Quartals in bezug der Steigerung unserer Mitgliederzahl hatten, wurden uns durch Ausbruch des Krieges jäh zunichte gemacht. Nun, dieser Krieg wird auch einmal zu Ende gehen und dann werden wir aufs neue mit voller Kraft an den weiteren Auf- und Ausbau unserer Organisation herantreten.

Die erste Versammlung, die wir nach Beginn des Krieges abhielten, fand am 5. September statt; sie war sehr gut besucht und die anwesenden Kollegen waren vom besten Geiste befeelt. Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß die Kollegen, bis auf wenige Ausnahmen, treu zur Organisation stehen und, soweit dieselben Arbeit haben, auch pünktlich ihre Beiträge bezahlen. Nur einige haben es für nötig befunden, der Organisation untreu zu werden. Diese Kollegen bedenken jedenfalls nicht, wie feige und schlecht sie handeln, indem sie in dem Augenblick die Organisation verlassen, wo Tausende unserer Kollegen im Felde stehen und mit ihrem Blut dafür Sorge tragen, daß der Feind nicht ins Land

kommen und alles verwirklicht kann. Gerade unsern im Felde stehenden Kollegen sind wir es schuldig, treu zur Organisation zu stehen, damit dieselben nach Beendigung des Krieges ihre Organisation so wiederfinden, wie sie dieselbe verlassen haben. Ueber die Einhaltung des Tarifvertrages seitens der Unternehmer haben wir uns - von wenigen Ausnahmen abgesehen - bis heute nicht zu beschweren. Nur die Unternehmer in Oederan, mit denen ein Lokaltarif abgeschlossen ist, hielten es für ihre patriotische Pflicht, den wirtschaftlichen Freibeuter zu machen, den Tarif nicht einzuhalten und die Beihilfen ohne bedeutend herabzusetzen.

Noch einmal sei es den Kollegen gesagt, haltet fest und treu zur Organisation; bedenkt, daß die wirtschaftliche Organisation auch nach dem Kriege eine unbedingte Notwendigkeit ist! Diefür muß jetzt und immer unsere Parole lauten: Agitation und Organisation.

**Mannheim.** Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte im ersten Moment die Kriegserklärung auf die Gemüter unserer Kollegen, zumal unser Filialgebiet nicht allzuweit von der Grenze liegt und auch der Landsturm teilweise gleich mit einberufen wurde. Gleich in den ersten Tagen wurden 280 Kollegen einberufen und noch weitere folgten, so daß nach Verlauf von drei Wochen 267 im Felde standen. Da fast unsere gesamten Mitglieder im wehrfähigen Alter stehen (von 866 sind nur 79 Mitglieder über 45 Jahre alt), so rechnete man, daß die Mehrzahl der übrigen in einigen Wochen ebenfalls einberufen würde. Die ganze jahrelange mühselige Verbandsarbeit schien vernichtet. Ein nicht unerheblicher Teil der Kollegen glaubte vorerst die Zahlungen einstellen zu müssen, da ja jeder auf die Einberufung wartete, zudem ein Teil der nichtgebienten Kollegen schon einberufen war. Letztere wurden ja allerdings nach einigen Wochen wieder vorerst entlassen. Kein Wunder, daß eine hochgradige Nervosität zu verzeichnen war. Unsere meisten Mitglieder haben ja noch keine Kriegszeit erlebt. Es fehlt ja auch jede Erfahrung der Einwirkung des, namentlich eines solchen noch nie dagewesenen Weltkrieges auf die Gewerkschaftsbewegung. Beim letzten deutsch-französischen Kriege vor 44 Jahren war ja eine Gewerkschaftsbewegung im heutigen Sinne und Umfang gar nicht vorhanden. Ein großer Teil der Geschäfte wurde sofort geschlossen und bewirkte natürlich eine große Arbeitslosigkeit. Allmählich jedoch legte sich die Erregung. Der Geschäftsgang nahm wieder langsam seinen Fortgang und auch die Kollegen waren vernünftigen Erwägungen zugänglich. Es waren schwere Wochen, bis alles wieder ins Geleise kam; aber es kann gesagt werden, daß mit Ausnahme einiger recht wenigen die Bezahlung ihren gewohnten Fortgang nahm. Es ist recht bezeichnend für einzelne dieser Nachkollegen, daß sie, trotzdem sie in Arbeit stehen, vorgaben, erst wieder nach dem Kriege zahlen zu wollen. Wie sich solche Kollegen ihre Mitgliedschaft vorstellen, ist unbegreiflich. Austreten wollen sie nicht, zahlen aber auch nicht! Wenn nun der Krieg ein Jahr oder noch länger dauert, was dann? Zum Glück sind es nur wenige solcher kleinmütigen Seelen.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit setzten wir uns alsbald mit den Arbeitgebern in Mannheim und Ludwigshafen Verbindung, und es muß gesagt werden, daß in den beiden Sitzungen die Arbeitgeber unsern Wünschen und Vorschlägen sehr entgegenkamen. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden verkürzt, Ueberstunden und Sonntagsarbeiten verboten. Es wurden gemeinsame Eingaben an die Behörde zum Zweck der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, was auch mit Erfolg gekrönt war. Eine Reihe von Arbeiten wurden wieder aufgenommen, so daß bis gegen Mitte September die meisten Kollegen wieder in Arbeit standen. Andere fanden bei der Straßenbahn oder sonst ein Unterkommen. In den meisten Fabriken wird, wenn auch mit verkürzter Arbeitszeit, gearbeitet. An die dem Arbeitgeberverband nicht angehörigen Meister wurde ein Zirkular versandt mit der Aufforderung, sich den Beschlüssen der Organisationen bezüglich der Arbeitszeit anzuschließen, was auch meistens der Fall war. Die schon früher errichtete städtische Arbeitslosenfürsorge hob die achtstündige Karenzzeit bei Bezug der Arbeitslosenunterstützung auf und zahlte für die Dauer von 60 Tagen pro Tag 70 Pf., für Verheiratete bis M. 1 Arbeitslosenunterstützung. Soweit wir unterrichtet sind, soll die Bezugsdauer demnächst auf 90 Tage erstreckt werden.

Bedauernd schlechter sieht es mit der Arbeitsgelegenheit in unsern Zahlstellen aus. Namentlich die Möbelindustrie liegt ganz daneben. In den Möbelabriken in Grünstadt, Asselheim und Sarzheim war der Betrieb wochenlang vollständig geschlossen. Hier waren schon einige Wochen vor Ausbruch des Krieges Arbeitsstoppungen zu verzeichnen. Augenblicklich werden einzelne Kollegen nur teilweise wieder beschäftigt, doch dürfte während der ganzen Dauer des Krieges nicht viel Besserung zu erwarten sein. In Frankenthal ist die Arbeitslosigkeit offenbar nicht sehr in Erscheinung getreten. In Landau und Speyer hingegen sind die meisten Kollegen noch arbeitslos. In diesen Orten war schon vorher schwache Beschäftigung zu verzeichnen. In Speyer sind zwei Drittel unserer Mitglieder, in Landau die Hälfte im Felde. Allmählich läßt wohl im allgemeinen die Arbeit wieder etwas nach, was ja zum Teil in der vorgeschrittenen Jahreszeit ohnedies begründet ist. Hoffentlich gelingt es uns, durch weitere Maßnahmen eingreifen zu können, damit das Elend nicht gar so schlimm wird.

Mit den Maßnahmen des Vorstandes betreffs der Unterstützungsbewegung waren die Mitglieder wohl einverstanden; allerdings hatten viele gewünscht, namentlich solche der dritten Beitragsklasse, daß ihnen bezüglich der Krankenunterstützung etwas mehr Rechnung getragen worden wäre und erblickten hierin gewisse Härten. Es ist nur bedauerlich, daß viele dieser Kollegen so wenig in die Versammlungen kommen, auch sonst nichts hören wollen und nichts lesen, sonst würden sie die Situation besser zu würdigen verstehen und diese vorübergehenden Maßnahmen besser begreifen.

Von Seiten der Filialverwaltung sind bis jetzt vier Kollegen einberufen, darunter unser Vorsitzender. In Frankreich gefallene Kollegen haben wir leider bis jetzt schon sechs verzeichnen, von denen allerdings erst von einem die amtliche Bestätigung vorliegt, doch ist an dem Tode der anderen nicht zu zweifeln.

Mit Beginn des dritten Quartals war in den verschiedenen Orten unseres Filialgebietes ein Aufschwung in der Organisation zu verzeichnen, die zu den besten Hoffnungen

berechtigte. Leider ist durch den Krieg alles wieder illusorisch geworden. Aber wir müssen jetzt um so mehr alle Kräfte anspannen, damit in dieser schweren Zeit die Organisation aufrechterhalten werden kann. Es würde sich bitter rächen, wenn nicht jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Wenn auch jetzt, durch die Kriegslage gezwungen, ein gewisses harmonisches Verhältnis allenhalben zu verzeichnen ist, so wird sich das aber mit dem Moment ändern, wo wieder der normale Zustand geschaffen ist und die alten Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden um so krasser zutage treten. Schreibt doch jetzt schon die „Arbeitsbeziehung“, daß die Lohnverhältnisse den Zeitverhältnissen angepaßt sein müßten, das heißt in Krisenzeiten Kürzung der Löhne. Und in besseren Zeiten - setzen wir hinzu - Kampf für bessere Löhne. Was das alles bedeutet, braucht hier nicht angeführt zu werden. Wir sind doch durch die Erfahrung gemittelt. Diejenigen sind sehr schlecht beraten, die da meinen, nach dem Kriege bricht das goldene Zeitalter an, wo Organisationen nicht mehr nötig sind. Nein, erst recht, schon um die Verheerungen im wirtschaftlichen Verhältnis, die der Krieg mit sich brachte, aus der Welt zu schaffen, und den Arbeitern den verdienten, wirklich „zeitgemäßen“ Lohn zu sichern. Das kann aber nicht geschehen, wenn wir mühsig die Hände in den Schoß legen, nein, das muß alles wieder mühsam erkämpft und erzwungen werden durch eine starke, geschlossene Organisation. Nur eine solche kann den Unternehmer Respekt abgewinnen. Jammerlappen sind eben nicht wert, daß es ihnen besser geht! Unsere Kollegen, die draußen im Felde stehen, Gut und Blut für das Vaterland, für die Heimat opfern, die würden es nicht verstehen können, wenn die zurückgebliebenen aus rein egoistischen, um nicht zu sagen schlimmeren Gründen, ihre einzige Schutzwehr, ihre Organisation, im Stiche gelassen hätten, an der so mühselig gebaut wurde. Ein ewiger Vorwurf müßte es jenen feigegeistigen Menschen sein und die Schamröte müßte jenen ins Gesicht steigen, wenn sie in den Gesichtskreis unserer tapferen Kollegen kämen. Deshalb tue jeder seine Pflicht und Schuldigkeit dem Verbandsgegenseitig! Wie heißt doch jenes Dichterverwort? „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!“

**Schwet.** Der Ausbruch des Krieges rief auch hier unter den Kollegen eine lebhafteste Bestürzung hervor, da in den ersten zwei Wochen in unserm Gewerbe keinerlei Arbeit ausgeführt wurde. Unsere Zahlstelle ist erst in diesem Jahre neu gegründet worden; aber durch die Einigkeit der Kollegen war es uns möglich, gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung zu erzielen. Beschäftigt waren hier 45 Kollegen, darunter 20 auswärtige. Gleich nach Ausbruch des Krieges reisten die auswärtigen Kollegen ab, ein Teil in ihre Heimat und die anderen mußten zur Fahne. Neun hiesige Kollegen wurden ebenfalls zur Fahne einberufen, darunter drei verheiratete. Die übriggebliebenen Kollegen waren sämtlich arbeitslos. Da der hiesige Katernbau bis auf Malerarbeiten festzustellen war, wurden die Malerarbeiten wieder in beschränktem Maße aufgenommen. Mit Kriegsbeginn glaubten einige Kollegen, daß es keinen Zweck hätte, die Beiträge weiterzahlen, da doch jede gewerkschaftliche Tätigkeit eingeht würde. Durch unser Verbandsorgan ist aber schnell die notwendige Aufklärung gegeben worden. Heute hat sich wieder allgemein bei den Kollegen eine ruhige Auffassung über die Notwendigkeit unserer Organisation durchgerungen, und die Beiträge der in Arbeit stehenden Kollegen gehen pünktlich ein. Mögen unsere Kollegen nach Friedensschluss gesund wiederkehren, damit unsere Zahlstelle weiter erstärke und auf der Grundlage fortbaue, die wir bis jetzt geschaffen haben.

**Frier.** Nachdem fast die meisten Filialen des zweiten Bezirks während des Krieges ein Lebenszeichen im „Vereins-Anzeiger“ nicht gaben, wollen auch wir kurz die Verhältnisse der Filiale schildern. Durch die Einberufung zum Kriegsdienst wurde unsere Filiale außerordentlich hart betroffen; von den 48 Mitgliedern, die am Schlusse des zweiten Quartals vorhanden waren, wurden 19 zum Kriegsdienst einberufen, darunter auch unser Filialvorsitzender. Elf Mitglieder reisten ab, so daß unsere Mitgliederzahl außerordentlich dezimiert wurde. Die meisten Mitglieder waren während der ersten Mobilmachungswochen arbeitslos; doch nach und nach hat sich das Wirtschaftsleben wieder etwas erholt, und unsere Kollegen fanden wieder Beschäftigung, wenn auch zum Teil in andern Berufen. - Zu einer gemeinsamen Aktion mit den Arbeitgebern wegen Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist es nicht gekommen, da von keiner Seite die Initiative hierzu ergriffen wurde. Hoffentlich wird nun auch dieser Frage durch die allgemeine Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe ernstlich näher getreten. Zur Erledigung unserer Aufgaben während des Krieges ist natürlich ein fester Zusammenhalt unserer Kollegen am Orte dringend erforderlich, insbesondere muß die Fühlung unter den Kollegen außerordentlich wachgehalten werden. Der Besuch der Mitgliederzusammenkünfte wird hierzu die geeignetste Gelegenheit bieten; deshalb sollte kein Mitglied denselben fernbleiben.

### Gewerkschaftliches.

**Ausschuß und Vorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuller** haben beschlossen, die Erhebung von Extrabeiträgen mit dem 5. Dezember einzustellen. Die Einstellung der Extrabeiträge ist wohl auf eine Besserung der Finanzen des Verbandes zurückzuführen. Wenige Verbände werden in gleicher glücklicher Lage sein wie der Verband der Sattler und Portefeuller, der sich in einer Ausnahmebestellung befindet. Die Kriegsführung schafft im Sattlergewerbe überreichliche Arbeit, und wenn auch das Portefeullergewerbe schwer darniederliegt, so ist die Arbeitslosigkeit auch dort gesunken, da mancher Portefeuller im verwandten Sattlerberuf Beschäftigung fand. Der Verband wird allen Arbeitslosen, Kranken und invaliden Mitgliedern, die sich bis 7. Dezember bei den Ortsverwaltungen gemeldet haben und noch am 19. Dezember erwerbslos sind, eine Weihnachtsunterstützung zahlen.

**Kriegsversicherung von Gewerkschaftsmitgliedern.** Der Verband der Bureauangestellten hat beschlossen, alle seine zum Kriegsdienst eingezogenen oder noch eintretenden verheirateten Mitglieder bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge zu versichern. Als erste Prämienrate sind an die Volksfürsorge M. 4000 abgeführt. Den Familien dieser

Mitglieder wird so erfreulicherweise eine erste Hilfe gesichert, wenn ihr Ernährer als Opfer des grausamen Krieges fällt. Die Maßnahme des Verbandes der Bureauangestellten ist ein neuer Beweis für die Hilfsbereitschaft unserer Gewerkschaften in dieser schweren Zeit.

### Sozialpolitisches.

**Die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Nordhausen.** Was jahrelange Aufklärung in Wort und Schrift durch die Arbeiter in bürgerlichen Kreisen nicht vermochte, ist nun durch die Erkenntnis hervorgerufen worden, die die umstürzenden heutigen Verhältnisse, der Krieg, veranlassen. Welchen Widerspruch fand doch diese Frage noch vor einigen Jahren, als es galt, in verheerender Krisenzeit die Allgemeinpflicht zur Sicherung des Existenzminimums anzuerkennen? Da erblickte man in der sozialen Hilfe zumeist ein Mittel der Verwechslung, wenn nicht gar das Lotterbett der Faulheit. Doch dem Zwange der Not folgend, mußte man endlich auch hier die Notwendigkeit anerkennen, ein Existenzminimum aus Mitteln der Allgemeinheit zu gewähren.

Folgende Bestimmungen für die Arbeitslosenfürsorge wurden beschlossen:

1. Als unterstützungsbedürftig gelten solche Personen, die nach eingehender Prüfung ihrer Verhältnisse infolge des Krieges arbeits- oder erwerbslos geworden sind.
2. Diesen Personen soll auf ihren Antrag durch wöchentliche Zahlungen ihre Existenzmöglichkeit gewährleistet, nötigenfalls auch eine Mietbeihilfe gewährt werden.
3. Die Zuwendungen bestehen in der Regel aus unentgeltlicher Gewährung von Mittagessen aus der Volkstüche und Geldleistungen im Mindestbetrage von monatlich M. 25 für Mann und Frau und M. 4 für jedes Kind.
4. Die durch geregelte Beitragszahlung erworbenen Unterstützungsansprüche werden hierauf nur zur Hälfte angerechnet. Für Verheiratete bleibt eine Unterstützungssumme bis einschließlich M. 4 pro Woche außer Anrechnung.
5. Die Prüfung und Festsetzung der Beihilfen wird dem Prüfungsausschuß des Wohlfahrtsamtes übertragen.
6. Für die organisierten Arbeiter und Angestellten werden die Feststellungen der Gewerkschaften zugrunde gelegt. Für die andern Unterstützungsbedürftigen übernimmt der städtische Arbeitsnachweis die Ueberwachung, soweit der Prüfungsausschuß nichts anderes bestimmt.
7. Der vierte Tag der Arbeitslosigkeit ist der erste Unterstützungsstag.
8. Diese Bestimmungen gelten für die Zeit vom 1. Oktober 1914 ab. Für die weiter zurückliegende Zeit können nötigenfalls auf Antrag Mietbeihilfen gewährt werden.

**Für staatliche Arbeitslosenunterstützung.** Der Gesamtvorstand des bayerischen Industriellenverbandes beschloß am 14. November zur Frage der staatlichen Arbeitslosenunterstützung:

„Der Krieg legt uns allen die Pflicht auf, die wirtschaftlich Schwachen in diesen schweren Zeiten nach Kräften durchzuhalten und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich durch ihrer Hände Arbeit die nötigen Existenzmittel zu beschaffen. Die bayerische Industrie geht mit ihrer Fürsorge für die Arbeiter und die Familien der zum Heeresdienst Einberufenen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Sie erwartet deshalb auch, daß der bayerische Staat durch Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit und Erteilung von Aufträgen den durch die Kriegswirren geschaffenen Verhältnissen in weitgehendster Weise Rechnung trägt und hierdurch eine großzügige Arbeitslosenunterstützung bewirkt.“

Der Standpunkt des Unternehmerverbandes soll noch durch Uebermittlung von Material aus allen Industriezweigen ausführlich begründet werden.

### Genossenschaftliches.

**Die Volksfürsorge während des Krieges.** Vier Monate nach der Kriegserklärung ist jetzt das Hauptbureau der Volksfürsorge in der Lage, sich über die Einwirkungen des Krieges auf die Volksfürsorge und ihre Organisation zu äußern. Daß diese Auslassungen günstig lauten, ist um so erfreulicher, als dadurch bewiesen wird, daß dies gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unternehmen auf einer recht gefunden Grundlage steht.

Nach dem Bericht des Hauptbureaus sind die Schwierigkeiten, die der Krieg für die Volksfürsorge und ihre Organisation zur Folge hatte, überwunden: die Organisation ist auch in der schweren Zeit intakt geblieben. Trotzdem die Rechnungsführer von zirka 200 Rechnungsstellen zu den Fahnen gerufen wurden, war es den Verwaltungskommissionen möglich, den Betrieb ungestört aufrechtzuerhalten, mit Ausnahme weniger Orte in den vom Feinde anfänglich belästigten Grenzbezirken. Es sind nicht nur die beim Kriegsausbruch bereits abgeschlossenen Versicherungen fast reiflos aufrechterhalten worden, sondern es gelang auch die Aufnahme neuer Versicherungsanträge. Im Oktober ist eine recht stattliche Anzahl neuer Anträge eingegangen, die bei der großen Zahl der Eingezogenen, der arbeits- und verdienstlosen Arbeiter und Arbeiterinnen die Erwartungen übertraf. Erfreulich ist die Tatsache, daß die ungestörte Weiterführung des Inkassos für die bestehenden Versicherungen konstatiert werden kann. Selbst zahlreiche Angehörige der Kriegsteilnehmer haben es, wohl vielfach unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten, möglich gemacht, durch lückenlose Weiterzahlung der Prämien die abgeschlossenen Versicherungen aufrechtzuerhalten. In den Fällen, in denen durch Nichtweiterzahlung der Prämien bei der kurzen Dauer der bestehenden Versicherung der Versicherte und seine Angehörigen bei eintretendem Tode in Nachteil kommen würden, wird der Vorstand bedingungsgemäße Umwandlung der Kapitalversicherung in eine Sparversicherung vornehmen, um den finanziell günstigsten Effekt für den Versicherten zu erzielen. In diesen Fällen wird nach Beendigung des Krieges das Wiederaufleben der ursprünglichen Versicherung entweder

